

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M. für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Vollständigkeitskonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 geklebte Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Planvorricht 3.— M., Familiennachrichten, die 7 geklebte Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Reichskanzler im Steuerauschuß.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Generaldebatte über die neuen Steuerentwürfe der Regierung fortgesetzt.

Nach dem Reichswirtschaftsminister Schmidt nahm Reichskanzler Dr. Wirth das Wort und führte u. a. aus:

Die Reparationskommission ist ausschließlich nach Berlin gekommen, um die Rechnungen für die Zahlungen in Gold am 15. Januar und Februar festzustellen und um den alliierten Regierungen darüber Mitteilung machen zu können. Alle diejenigen — dazu zählen auch wir — die gerechnet haben, daß hier in Berlin der Augenblick gekommen sei, die großen Probleme der Reparationen zu erwägen, sind enttäuscht. Wir haben in mehreren Sitzungen die von mir erläuterten Pläne angeschnitten. Es ist auch über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Zahlungen gesprochen worden. Die Frage eines Moratoriums ist nicht zum Gegenstand einer offiziellen Diskussion gemacht worden, da die Reparationskommission erklärte, nicht in der Lage zu sein, über ein solches Thema mit uns zu verhandeln. Ebenso ist nicht der Plan eines sogenannten bedingten Moratoriums behandelt worden, der eventuell dann einzutreten hätte, wenn Januar- und Februarzahlungen getilgt wären.

Im Verlaufe der Sitzungen hat sich herausgestellt, daß die gesamte Reparationskommission, wie auch die verschiedenen alliierten Regierungen, mit außerordentlicher Sorgfalt, ich darf sagen mit außerordentlichen Hoffnungen, der Kreditaktion der deutschen Industrie und den Verhandlungen der deutschen Industrie mit der deutschen Regierung gefolgt ist. Mehr als einmal ist von Seiten der Reparationskommission der Wunsch an mich herangetreten, Definitives über den Stand dieser Kreditaktion zu erfahren.

Der Reichskanzler machte dann Mitteilung davon, daß auch die Reparationskommission die Erklärung, eine positive Auseinandersetzung über die erwähnte Kredithilfe der Industrie noch nicht gegeben werden, außerordentlich verstimmt und enttäuscht habe. Die Reparationskommission habe zunächst ihre Abreise in Erwägung gezogen, sich aber dann entschlossen, die Besprechungen in Berlin weiterzuführen in der Hoffnung, daß die Verhandlungen des Reichskanzlers mit der Industrie doch womöglich einen Anhaltspunkt für einen Erfolg ergeben würden.

Es liegen also zwei Dinge parallel: 1. die Verhandlungen mit der Reparationskommission und 2. die Kreditaktion, wie sie von der Industrie angeregt worden ist.

Im weiteren Verlaufe machte Dr. Wirth noch einige Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen mit der Industrie.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in einer positiven Darstellung die unverzüglich notwendigen Maßnahmen in kürzester Frist mitzuteilen. Wir werden unverzüglich — die Arbeiten dazu sind begonnen — die positive Antwort im Sinne unserer Verhandlungsabsichten ihnen darzulegen.

Die Regierung und auch die Industrie haben Schritte getan, um bei fremden Geldgebern, insbesondere in England, zu sondieren, wie sich der Weltmarkt etwa verhalten würde bei der Frage der Aufnahme eines langfristigen Kredits. Die Verhandlungen und Besprechungen nach dieser Richtung hin sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß bei diesen Sondierungen sich die Frage eines langfristigen Kredits aufs engste verknüpft erwies mit der Frage der Washingtoner Konferenz und daß trotz tatsächlicher Bereitwilligkeitserklärungen die ernstlichsten Aussichten für eine langfristige Kreditaktion auf dem Weltmarkt erst dann vorhanden sind, wenn die Washingtoner Atmosphäre sich etwas geklärt haben wird.

Die Frage vertieft sich also zu folgender Frage: Ist die Reichsregierung und ist die Industrie bereit, eine Kreditaktion etwa auch dann aufzunehmen, wenn es sich nicht um einen langfristigen Kredit handelt?

Die Wirkung jedes kurzfristigen Kredits ist klar; aber wenn ich mich frage, ob es falsch war, daß wir die 270 Millionen als Kredit aufgenommen haben, so halte ich jene Abdeckung durch einen kurzfristigen Kredit für eine absolute Notwendigkeit.

Die ganze Frage vertieft sich also dahin: Wird die Reichsregierung es erlauben, durch Besprechungen in London und auf andern Weltmärkten einen Kredit so zu beschaffen, daß er in einer angemessenen Zahl von Monaten unter Berücksichtigung der Gesamtlage sich abdecken läßt? Verhandlungen nach dieser Richtung hin sind aufgenommen; ob sie Erfolg versprechen, kann ich jetzt nicht bestimmen sagen. Ausschloslos sind sie nicht. Die Industrie ist, wie sie mittelst, entschlossen, das Problem der Kreditaktion auch ihrerseits weiter zu fördern. Sie denkt auch an die Möglichkeit, unter Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht vorläufig einen Vorstoß zu erlangen, der zur Abdeckung der Januar- und Februarverpflichtungen herangezogen werden könnte. Es ist aber wohl nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung und die Industrie jeder für sich in Tätigkeit tritt. Ich weiß, daß die Industrie ihre Bedingungen und Vorschläge auch heute nicht fallen gelassen hat. Ich erkläre Ihnen aber hier, daß ich nicht in der Lage bin, das Problem der Kreditaktion mit einem andern Problem zu verknüpfen.

In der Aussprache kam Dr. Herz (M.-S.) auf die Londoner Reise von Stinnes zu sprechen, die er sehr gefährlich nannte. Denn Stinnes sei der Vater der Kreditaktion erschwerten Bedingungen und habe die Kreditaktion verweigert. Man sei nicht parat genug in der Verwendung der Devisen gewesen. Käuflich ist seien auch die vielen deutschen Guthaben im Auslande. Von der Geldwertverwertung werde nur die minderbemittelte Bevölkerung betroffen. Reich er hob weiterhin Beschwerden darüber, daß die Einkommensteuern immer noch nicht eingezogen werden, wogegen die Lohn- und Gehaltsempfänger schon seit langem ihre Steuer durch Abzug zahlen müßten. Weiter wandte sich der Redner der Ueberfremdung der deutschen Industrie zu, die beständig wachse. So sei beispielsweise die Margarinefabrikation zu mehr als 60 Prozent in den Händen der Engländer und Holländer, dadurch seien die Preise für Margarine so unermesslich hoch gestiegen.

Das Echo in der Berliner Presse.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des Reichskanzlers vor den Steueraussschüssen hat allgemein enttäuscht. Man gibt zu, daß er in äußerst schwieriger Situation ist, aber sowohl Freiheit als auch Vorwärts hätten kräftigere Worte gegenüber der Industrie gewünscht, die ihre Verschleppungstaktik in der Frage der Kreditaktion fortsetzt. Die Bedingungen der Industrie sind unannehmbar und die Arbeitererschaft verlangt, daß man das endlich klar herauslage und daß man zu Taten, d. h. zur Erfassung der Sachwerte übergeht. Zu den Forderungen der USF hat der Reichskanzler nicht Stellung genommen, aber selbst in den Kreisen des Bürgertums scheint die Haltung der Industrie allmählich zu verflimmen. Das Berliner Tageblatt meint, die Industrie dürfe nicht vergessen, daß sie mit ihrer bisherigen Verschleppungstaktik nicht weiter operieren könne, daß auch die gesamte innerpolitische Lage zu ernst und zu gespannt sei, um eine weitere Belastungsprobe zu bestehen. Das Gespenst der Erfassung der Sachwerte werde in irgend einer Form rasch wieder austauschen, wenn die Industrie nicht von sich aus und so schnell wie möglich kräftige Schritte unternähme.

Die Bossische Zeitung ist erfreut, daß der Reichskanzler nicht alle Brücken zur Industrie abgebrochen und die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Regierung und Industrie in der Frage der Kreditaktion gemeinsam marschieren würden. Das national-wirtschaftliche Interesse verlange, daß es bei der Kreditaktion der Industrie bleibe, nun sei es an der Industrie, die gleiche Einsicht zu beweisen wie die Regierung. Wenn sie dem Ganzen diene, werde sie sich selbst dienen. Wenn sie eine Diktatur erstrebe, werde sie nur der Diktatur der Entente die Wege ebnen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht weiter von der Voraussetzung, daß die Regierung ernsthafte Maßnahmen treffe, die eine Sanierung der Reichsfinanzen schnell in die Wege leiten und man weiß, was die hinter ihr stehenden Kreise darunter verstehen. Im übrigen hält sich das Blatt sehr zurück, es will abwarten, was die Debatte im Reichstag und die späteren Erklärungen der Regierung bringen.

Ein Gesetz gegen die wilden Kartoffelkäufe.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichsernährungsministeriums, in dem die Kartoffelversorgung besprochen wurde, teilte der preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft mit, daß ein Gesetzentwurf zur Aushebung des wilden Kartoffelkaufes im Kartoffelhandel ausgearbeitet worden sei. Das Ministerium stellte auch Grundzüge auf, nach denen die Preise in den einzelnen Bundesstellen bemessen werden sollen. Inzwischen stellten die Großhändler die Verladung von Kartoffeln vollständig ein, sie haben die Drohung, bei Fortdauer der Beschlagnahme von Waggons mit Kartoffeln und Einleitung des Strafverfahrens gegen die legitimen Kartoffelhändler die Verladung einzustellen und in den Streit zu treten, wahr gemacht. Eine Verammlung der Kartoffelgroßhändler in Stargard in Pommern hat beschlossen, die Verladung bis zur Klärung der Angelegenheit einzustellen.

Vor einem neuen Konflikt Bayerns mit dem Reich?

Zu der Justizdebatte im Reichstag schreibt die Staatszeitung das offizielle Organ der bayerischen Regierung: „Es wird wohl dringende Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein, in Berlin unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bayerische Regierung bei allem Bestreben, mit der Reichsregierung in bestes Einvernehmen zu gelangen, an ihrer Justizhoheit nicht rütteln läßt. Diese Vorkommnisse sind nach der Reise des Ministerpräsidenten um so auffälliger, als jetzt auch noch der Reichstag einen Ausschuss eingesetzt hat, der in einer Befehung von acht Mitgliedern die „unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten“ untersuchen soll. Es wird auch hier Aufgabe der Landesregierung sein, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit des Ausschusses nicht in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift.“

Gestern abend hat der Staatshaushalts-Ausschuss des bayerischen Landtages als ersten Punkt für die heutigen Ausschussberatungen festgesetzt: Stellungnahme zu einer etwaigen Befestigung der Festung Niederhöfenfeld durch den Reichstagsausschuß, um bei dieser Beratung angeblich einem Konflikt Bayerns mit dem Reich vorzubeugen. In Wirklichkeit wird aber dabei ein Protest gegen die Verletzung der bayerischen Justizhoheit herauskommen, was gleichbedeutend sein wird mit einem neuen Konflikt. Einen solchen Konflikt kann man nur dadurch verhindern, daß der bayerische Landtag von sich aus einen Untersuchungsausschuß einsetzt, der die Zustände in Niederhöfenfeld reiflos aufdeckt.

Die Situation wird nun dadurch verschärft, daß der vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuß gestern beschlossen hat eine Befestigung der Festung Niederhöfenfeld vorzunehmen. Der Ausschuss verlangt vom Reichsjustizminister die Anordnung von Maßnahmen, die die Durchführung des Beschlusses ermöglichen. Wird die Reichsregierung nun wieder vor den bayerischen Drohungen zurückweichen?

Viel Worte, wenig Klarheit.

Im Steuerauschuß des deutschen Reichstages hat gestern der Reichskanzler Dr. Wirth seine bereits angekündigte Rede über die schwebenden Fragen, soweit sie mit den Steuerplänen in Verbindung stehen, gehalten. Man erhoffte wichtige Aufschlüsse über die Verhandlungen zu erlangen, die die deutsche Reichsregierung einerseits mit der Reparationskommission und andererseits mit den deutschen Industriellen über die Durchführung des Kreditangebotes geführt hat. Der Reichskanzler verbreitete sich zunächst über die Verhandlungen mit den Vertretern der Alliierten und betonte, daß die vielerörterte Frage eines Moratoriums gar nicht erst zum Gegenstand einer offiziellen Diskussion gemacht worden sei. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission seien stets neben den Verhandlungen mit den Industriellen über das Kreditangebot einhergegangen. Die Reparationskommission habe sich der Hoffnung hingegeben, während ihrer Anwesenheit in Berlin authentische Mitteilungen über den Stand der Kreditfrage zu erlangen. Leider aber sei die Regierung nicht imstande gewesen, irgendwelche Mitteilungen machen zu können, da die Verhandlungen mit den Industriellen bisher zu keinerlei Ergebnis geführt hätten. Was nun aber mit den Industriellen verhandelt worden ist, darüber schweigt sich der Reichskanzler vollkommen aus. Das Defizit im Reichshaushalt wird immer größer. Es ist schier unmöglich, dieses Loch überhaupt noch stopfen zu können. Indes damit hat man sich allgemach abgefunden.

Die Reparationskommission hat keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die kommenden Reparationsraten unter allen Umständen gezahlt werden müssen. Sie sind am 15. Januar und im Laufe des Februar nächsten Jahres fällig. Noch heute aber vermag kein Finanztechniker des deutschen Reiches anzugeben, wie die kommenden Reparationsquoten aufgebracht werden könnten. Aus diesen Gründen ist die Lösung der Steuerfragen die lebenswichtigste Frage Deutschlands überhaupt. Die Industriellen sind aufs eifrigste bestrebt, die Leistung der Sachwerte zu hintertreiben, indem sie ihr längst-legendär gewordenen Kreditangebot fortwährend in Frage stellen. Daß die Industriellen der deutschen Regierung bei den stattgefundenen Verhandlungen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben, beweist die Mitteilung des Reichskanzlers, daß die Industrie ihre Bedingungen und Voraussetzungen auch heute nicht hat fallen gelassen. Im Gegenteil, sie seien wiederholt worden, darüber hinaus erklärte freilich der Reichskanzler, nicht in der Lage zu sein, „die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen Problemen zu verbinden“. Die Reichsregierung wolle ihren Weg gehen, „auch wenn die Industrie nicht folgen sollte“.

Die Reichsregierung beabsichtigt nach den Äußerungen des Reichskanzlers, im Laufe der nächsten Woche dem Steuerauschuß oder aber dem Plenum des Reichstages in einer „positiven Darstellung“ über den Verlauf der bisher mit den Industriellen geführten Verhandlungen zu berichten. Soviel steht jedenfalls fest, daß die Verhandlungen mit den Industriellen bis zum heutigen Tage nicht weiter gelangt sind und die Frage einer Lösung der Steuergegenstände harret der unmittelbaren Entscheidung. Die Klärung über das Prinzip der Besteuerung der Sachwerte muß unter allen Umständen vor Weihnachten gefunden werden, da andererseits die Erfüllung der nächsten Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Entente zur Unmöglichkeit wird.

Trotz aller offiziellen Dementis scheint heute die Tatsache festzustehen, daß die Reise Stinnes' nach England unmittelbar mit der Kreditaktion der Industriellen in Verbindung steht. Zwar wird dies abgeleugnet, von den Industriellen sowohl, als auch von der englischen Regierung. Indes, der Tag, ein Stinnes sehr nahestehendes und über seine Pläne wohlinformiertes Blatt, schreibt unter dem 22. November wörtlich:

„Nach der wochenlangen Fühlungnahme zwischen Vertrauten Lord Georges und Hugo Stinnes dürften die Unterredungen so verlaufen ist, wie geplant war, zunächst Wirtschaftfragen angeschnitten worden sein, die den nahen Osten betreffen. Dann dürfte die Frage der Reichseisenbahnen in der Erörterung eine große Rolle gespielt haben. Denn im Augenblick bildet deren Sanierung den Angelpunkt der ganzen Reparationsfrage. Für die Folge können wir nur dann unseren Reparationsverpflichtungen nachzukommen hoffen, wenn die Kreditaktion zum Ziele führt. Der Schlüssel für diese Kreditaktion liegt aber darin, ob die Eisenbahn saniert und so die Voraussetzung für einen geordneten deutschen Etat geschaffen wird. Ein geregeltes Budget ist nötig, damit das Deutsche Reich einmal nach der Aufnahme eines Auslandskredites durch die Industrie als einigermaßen gelunder Volkstörper wieder eine Rolle spielen kann. Hugo Stinnes dürfte den englischen Ministerpräsidenten, wenn die Unterredung bereits stattgefunden hat, auf den Zusammenhang dieser Fragen aufmerksam gemacht haben, was das überhaupt nötig gewesen sein sollte, was wir nach unseren Informationen nicht annehmen möchten.“

Zweifellos werden die russischen Pläne auf die Reise Stinnes' nicht ohne Einfluß gewesen sein. Andererseits aber wird Stinnes, und darauf weist auch der Reichskanzler in seiner Rede hin, mit den englischen Industriellen und der englischen Regierung über die Leistung eines langfristigen Kredites, gegen den zweifellos die deutschen Eisenbahnen ein-